newsletter

verbraucherpolitik eu aktuell

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik	1
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr	2
Finanzdienstleistungen	5
Gesundheit / Ernährung	6
Telekommunikation / Medien / Internet	7
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb	8
Terminvorschau	9

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik

1. Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union für Freihandelsabkommen mit den USA

Bei ihrem Treffen am 18. Dezember 2014 riefen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union dazu auf, das multilaterale Handelssystem weiter zu stärken und bilaterale Handelsabkommen mit den wichtigsten Partnern zu schließen. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten sollten alles daran setzen, um die Verhandlungen über ein ehrgeiziges, umfassendes und für beide Seiten vorteilhaftes TTIP-Abkommen bis Ende 2015 zum Abschluss zu bringen.

Der vzbv appelliert insbesondere an die EU-Kommission die Anliegen der Zivilgesellschaft aktiv und nachhaltig einzubeziehen. Der vzbv steht einigen Bereichen des Abkommens, wie u.a. dem Investorenschutzkapitel, kritisch gegenüber.

<http://www.vzbv.de/meldung/ein-jahr-ttip-vorschlaege-des-vzbv-fuer-kurskorrekturen>

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/146422.pdf

2. EU-Kommission stellt Arbeitsprogramm für 2015 vor

Die EU-Kommission hat am 16. Dezember 2014 ihr Arbeitsprogramm für 2015 angenommen. Der Erste Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, erklärte: „2015 wird das Jahr sein, in dem wir der angekündigten Investitionsoffensive Taten folgen lassen: Wachstumsimpulse für die Wirtschaft, Erschließung des digitalen Binnenmarkts für Bürger und Unternehmen, Startschuss für die europäische Energieunion und Vorstellung eines neuen, ausgewogenen Migrationskonzepts.“

Die EU-Kommission wird 23 Initiativen ergreifen. Hierzu gehören eine Ergänzung des Regulierungsrahmens für den Telekommunikationssektor, die Modernisierung der EU-Gesetzgebung zum Urheberrecht, die Vereinfachung der Verbraucherbestimmungen im Online- und digitalen Handel, die Stärkung der Cyber-Sicherheit und die Verankerung der Digitalisierungsaspekte in anderen Politikbereichen. Außerdem sind konkrete Schritte auf dem Weg zur Energieunion geplant: Gewährleistung der Versorgungssicherheit, engere Verzahnung der nationalen Energiemärkte, Senkung der Energienachfrage und Verringerung des Kohlenstoffanteils im europäischen Energie-Mix. Ferner soll das Zulassungsverfahren für Genpflanzen überarbeitet werden, damit nicht mehr eine Minderheit von Staaten ein Verbot verhindern kann.

Bei der Ausarbeitung des Arbeitsprogramms hat die EU-Kommission die rund 450 gegenwärtig bei EU-Ministerat und Europäischem Parlament zur Verabschiedung anstehenden Vorschläge geprüft. Sie schlägt vor, 80 Vorschläge zurückzuziehen oder zu ändern. Darunter fallen unter

verbraucherpolitik eu aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

*Berichtszeitraum
8. Dezember 2014 bis 4. Januar 2015*

Impressum

*Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin*

*Referentin Internationales
Maren Osterloh M.A.
eu-internationales@vzbv.de*

Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.

anderem die Vorschläge der EU-Kommission zur Kreislaufwirtschaft in Europa: Hier will die EU-Kommission 2015 einen ehrgeizigeren Vorschlag auf den Tisch legen. Zurückgezogen wird auch der Vorschlag für ein Gemeinsames Kaufrecht. Stattdessen soll ein für den digitalen Markt besser geeigneter Vorschlag unterbreitet werden.

Der Vorschlag zur Produktion und Kennzeichnung von Bioerzeugnissen soll zurückgezogen werden, wenn nicht innerhalb von 6 Monaten eine Einigung im EU-Ministerrat und im Europäischen Parlament erfolgt. Der Vorschlag zur Verteilung von Obst, Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen kommt auf den Prüfstand. Der Vorschlag zur umweltfreundlicheren Besteuerung von Energieträgern und Elektrizität wird zurückgezogen, da im EU-Ministerrat nicht einmal für einen denaturierten Text eine Einigung in Sicht ist.

Die EU-Kommission hat auch eine Reihe von Vorschlägen und geltenden Rechtsakten identifiziert, die sie überprüfen und besser auf die Bedürfnisse von Bürgern und Unternehmen zuschneiden will. Hierzu gehören wichtige Richtlinien für den Verbraucherschutz, nämlich zu: irreführender und vergleichender Werbung, Teilzeitnutzungsverträgen und Verträgen über langfristige Urlaubsprodukte, unlauteren Geschäftspraktiken, Verbrauchsgüterkauf und Garantien für Verbrauchsgüter, sowie missbräuchlichen Klauseln in Verbraucherverträgen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-2703_de.htm

http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp_2015_new_initiatives_en.pdf (Anhang 1)

http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp_2015_with_drawals_en.pdf (Anhang 2)

http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp_2015_refit_actions_en.pdf (Anhang 3)

3. Neue Aufgaben für Exekutivagentur der EU-Kommission für Verbraucher

Im Jahr 2013 richtete die EU-Kommission die Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit und Lebensmittel ein und übertrug ihr die Verwaltung der Unionsprogramme in den Bereichen Verbraucher und Gesundheit für den Zeitraum 2014-2020 sowie die Verwaltung der Schulungsmaßnahmen im Bereich der Lebensmittel-

sicherheit. Am 17. Dezember 2014 beschloss die EU-Kommission, die Agentur zusätzlich mit Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern zu betrauen. Die Agentur wird daher umbenannt in „Exekutivagentur für Verbraucher, Gesundheit, Landwirtschaft und Lebensmittel“.

http://eur-lex.europa.eu/legal-con-tent/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2014.363.01.0183.01.DEU

Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr

1. Neue Energieeffizienz-Regeln ab 1. Januar 2015

Ab 1. Januar 2015 gelten neue Ökodesign-Vorgaben zur Energieeinsparung. Bei Internetkäufen muss der Energieverbrauch von Produkten klarer ausgewiesen werden. Neue Gasherde und Dunstabzugshauben müssen mit Energielabels versehen sein. Für Netzwerkgeräte wie Modems, Receiver oder Drucker gelten neue Mindestanforderungen in Sachen Energieeffizienz. Neue Kaffeemaschinen müssen nach einer gewissen Zeit automatisch in den Standby-Modus übergehen oder sich ausschalten. Die EU-Kommission erwartet, dass jeder Haushalt dank der neuen Regeln jährlich 45 Euro einsparen kann. Wie alle Energieeffizienzvorgaben gelten die neuen Regeln nur für Produkte, die ab 1. Januar 2015 neu auf den Markt kommen, Altbestände können weiter verkauft werden. Das Büro der Europäischen Verbraucherverbände (BEUC) in Brüssel begrüßte die Neuregelungen.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) begrüßen die Neuregelung ebenfalls, äußern aber Zweifel an der Umsetzung: In ihrem gemeinsamen Projekt „Markt-Checker“ wollen sie prüfen, ob die neuen Bestimmungen tatsächlich im Sinne der Verbraucher und der Umwelt eingehalten werden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12978_de.htm

<http://www.beuc.org/press-media/news-events/eu-measures-will-help-reduce-energy-consumption-2015>

<http://www.vzbv.de/pressemitteilung/effizienz-im-internet>

2. Verhandlungen über Umstellung auf fortschrittliche Biokraftstoffe

Der EU-Ministerrat für Energie legte am 9. Dezember 2014 seinen Standpunkt zu Maßnahmen zur Begrenzung von herkömmlichen Biokraftstoffen in Treibstoffen (Benzin oder Diesel) fest. Nach der aktuellen Gesetzeslage müssen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass der Anteil der erneuerbaren Energien im Verkehrssektor mindestens 10 Prozent des Endenergieverbrauchs im Jahr 2020 ausmacht. Dies wird bisher im Wesentlichen durch Biotreibstoffe der ersten Generation erreicht, die aus Nahrungsmittel- oder Ölpflanzen wie Getreide, Zuckerrohr oder Raps hergestellt werden. Deren Anbau führt jedoch zu Anbauausweitungen auf anderen Flächen (indirekte Landnutzungsänderung), so dass die Klimabilanz verschlechtert wird. Angestrebt wird daher ein verstärkter Einsatz von fortschrittlichen Biokraftstoffen, die etwa aus Algen oder Holzabfällen erzeugt werden. Diese konkurrieren jedoch mit den subventionierten bisherigen Biokraftstoffen und sind daher nicht in großem Umfang erhältlich.

Die EU-Kommission hatte ursprünglich eine Begrenzung des Anteils herkömmlicher Biotreibstoffe auf 5 Prozent vorgeschlagen. Das Europäische Parlament beschloss am 12. September 2013 eine Begrenzung auf 6 Prozent. Der EU-Ministerrat ging noch weiter und setzte die Grenze auf 7 Prozent herauf. Nunmehr können Gespräche mit dem Europäischen Parlament über eine Einigung in zweiter Lesung geführt werden.

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=E&N&f=ST%207550%202014%20INIT>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10710-2014-REV-2/de/pdf>

3. Einigung über Reduzierung von Einweg-Plastiktüten

Der EU-Ministerrat für Umwelt erzielte am 17. Dezember 2014 eine „Politische Einigung“ über einen Rechtsakt zur Reduzierung der Zahl von

Plastiktüten in der Europäischen Union. Diese entspricht dem mit den Unterhändlern des Europäischen Parlaments am 17. November 2014 gefundenen Kompromiss. Danach haben die EU-Mitgliedstaaten die Wahl, ob sie ein verbindliches Ziel zur Minderung des Verbrauchs auf 90 Tüten pro Person ab 31. Dezember 2019 und 40 Tüten ab 31. Dezember 2025 vorschreiben oder ob sie ab 31. Dezember 2018 eine Gebühr für den Gebrauch von Plastiktüten einführen. Die Neuregelung betrifft Einweg-Plastiktüten, die Verbraucher in vielen Geschäften kostenlos an der Kasse erhalten. Ganz dünne Plastiktüten, wie sie etwa an der Gemüsetheke verwendet werden, können die Mitgliedstaaten ausnehmen. Der EU-Ministerrat wird seinen Standpunkt nach Überprüfung des Rechtstexts durch die Rechts- und Sprachsachverständigen förmlich festlegen. Mit der Zustimmung des Europäischen Parlaments kann ebenfalls in Kürze gerechnet werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/146358.pdf

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16137-2014-INIT/de/pdf> (Politische Einigung)

4. Nationale Anbauverbote für Genpflanzen rücken näher

Die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments und des EU-Ministerrats erzielten am 3. Dezember 2014 eine Einigung über nationale Anbauverbote von Gentechnikpflanzen. Danach soll jeder Mitgliedstaat künftig selbst entscheiden dürfen, ob er den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf seinen Äckern zulässt oder nicht. Diese informelle Einigung ist am 10. Dezember 2014 von den Vertretern der Mitgliedstaaten auf Botschafterebene bestätigt worden. Am 17. Dezember 2014 hat auch der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments mit großer Mehrheit dafür gestimmt (42 Stimmen dafür, 17 dagegen, bei 4 Enthaltungen). Das Plenum des Europäischen Parlaments wird am 13. Januar 2015 abstimmen. Danach ist noch die Zustimmung des EU-Ministerrats erforderlich. Dies gilt jedoch als Formsache. Die neuen Regelungen werden somit vor der Anbauperiode im Frühjahr 2015 in Kraft sein.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20141204IPR82835/html/Deal-reached-on-new-rules-allowing-flexibility-for-EU-countries-to-ban-GMO-crops>

<http://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2014/316-SC-Gentechnik.html>

5. Verlängerung der Geltungsdauer der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens

Der EU-Ministerrat erhob am 9. Dezember 2014 keine Einwände gegen den Entwurf eines Beschlusses der EU-Kommission zwecks Verlängerung der Geltungsdauer der Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens für bestimmte Produkte. Die Kommission kann diesen Beschluss annehmen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15099-2014-INIT/de/pdf>

6. EU-Verkehrskommissarin Bulc hat Bedenken bei deutschen Mautplänen

Mautsysteme in der Europäischen Union müssen europäisches Recht einhalten und dürfen niemanden aus Gründen der Staatsangehörigkeit diskriminieren. Alle Fahrer, deutsche wie ausländische, müssen gleich behandelt werden. Damit die geplante Pkw-Maut in Deutschland in Einklang mit diesen europäischen Regeln steht, hat EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt ihre Bedenken mitgeteilt. Dies erklärte am 15. Dezember 2014 der Kommissionssprecher für Verkehrspolitik, Jakub Adamowicz.

Ende November 2014 hatte sich Violeta Bulc persönlich mit den deutschen Verkehrsminister Alexander Dobrindt getroffen und Bedenken geäußert. „Kommissarin Violeta Bulc hat Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt am 20. November getroffen und ihre Haltung erläutert. Die Kommission unterstützt den Grundsatz, dass die Nutzer für die Straßen zahlen, auf denen sie fahren. Es darf jedoch keine Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit geben. Alle Fahrer, deutsche und ausländische, müssen gleich behandelt werden. Dies ist ein Grundprinzip der EU-Verträge, darüber wird nicht verhandelt“, erklärte Kommissionssprecher Adamowicz.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12953_de.htm

7. Einigung über Einführung von Notfallsystem eCall in neuen Kraftfahrzeugen

Der EU-Ministerrat bestätigte am 17. Dezember 2014 den mit dem Europäischen Parlament gefundenen Kompromiss zur Einführung des automatischen eCall-Notfallsystems. Danach müssen alle neuen Personenkraftwagen ab 31. März 2018 mit diesem System ausgestattet werden. Dieses stellt sicher, dass bei einem schweren Unfall kostenlos die Notfallnummer 112 angerufen wird. Die Verkehrsdaten dürfen zu keinem anderen Zweck verwendet werden. Das Europäische Parlament hatte das System ursprünglich bereits ab Oktober 2015 einführen wollen.

Der EU-Ministerrat wird seinen Standpunkt nach Überarbeitung des Rechtstexts durch die Rechts- und Sprachsachverständigen förmlich annehmen. Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments hat am 4. Dezember 2014 zugestimmt. Das Plenum des Europäischen Parlaments wird voraussichtlich im März 2015 zustimmen.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16345-2014-INIT/de/pdf>

8. Befragung von Reisenden in Europa offenbart Mängel bei Information

Die EU-Kommission veröffentlichte am 22. Dezember 2014 die Ergebnisse einer europaweiten Umfrage zu den Rechten von Reisenden. Danach waren weniger als einem Drittel der Befragten die Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit einem Beförderungsvertrag bekannt (31 Prozent). 59 Prozent der EU-Bürger gaben an, diese nicht zu kennen. In Deutschland gaben 39 Prozent an, die Rechte und Pflichten zu kennen, während 42 Prozent dies verneinten.

Drei von zehn Nutzern von Verkehrsmitteln (30 Prozent) wurden in den letzten 12 Monaten mit einer Störung während ihrer Reise konfrontiert, am häufigsten während einer Zugreise (17 Prozent), aber auch bei Flugreisen (12 Prozent). Weniger Störungen traten bei Fernbusreisen (3 Prozent) oder Schiffs- und Fährreisen (1 Prozent) auf.

Von den Befragten, die mit einer Störung während ihrer Reise konfrontiert wurden, war die Mehrheit unzufrieden mit der Handhabung der Situation. Dies galt sowohl für die allgemeinen Informationen, die sie über die Störung erhalten hatten (57 Prozent unzufrieden), als auch für die erhaltene Betreuung (48 Prozent gegenüber 33

Prozent Zufriedenheit) oder die angebotene finanzielle Entschädigung (55 Prozent).

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_420_de.pdf

9. EU-Kommission setzt alle libyschen Fluggesellschaften auf „schwarze Liste“

Die EU-Kommission hat am 11. Dezember 2014 die Liste von Fluggesellschaften, die nicht oder nur eingeschränkt in den europäischen Luftraum fliegen dürfen, aktualisiert. Mit dieser neuen EU-Flugsicherheitsliste verhängt die EU ein Flugverbot für alle Fluggesellschaften aus Libyen. Aufgrund der jüngsten Ereignisse in Libyen sei die Zivilluftfahrtbehörde des Landes nicht mehr in der Lage, ihren internationalen Verpflichtungen hinsichtlich der Sicherheit im libyschen Luftfahrtsektor nachzukommen, sagte EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12949_de.htm

10. Fast ein Drittel der Deutschen bereit zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel

Die EU-Kommission präsentierte am 8. Dezember 2014 die Ergebnisse einer Umfrage zu Verkehrsmitteln in Europa. Die Ergebnisse umfassen sowohl Aussagen zu der alltäglichen Nutzung wie auch zu längeren Strecken über 300 km. 31 Prozent der Deutschen sagen, dass sie bei einer besseren Abdeckung auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen würden. Das am meisten genutzte Verkehrsmittel im Alltag der Europäer ist das Auto. Deutschland liegt mit 58 Prozent der Befragten knapp über dem europäischen Durchschnitt von 54 Prozent. Die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen in Deutschland gerade mal 16 Prozent. Damit entsprechen sie fast dem EU-Durchschnitt von 19 Prozent.

"Die heutige Umfrage zeigt, dass eine gute Infrastruktur, bessere Verbindungen und billigere Fahrkarten für die EU-Bürger die wichtigsten Anliegen im Verkehrsbereich sind. Deshalb müssen wir technische und administrative Hürden beseitigen, um sicherzustellen, dass Transportdienstleistungen in der gesamten EU funktionieren, jenseits der nationalen Grenzen", sagte die EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc. Sie betonte die Notwendigkeit, in den Erhalt der Infrastrukturen zu investieren. "Beim Verkehr geht es um die Bürger." Deshalb sei das Hauptziel all ihrer Initiativen, den Bedürfnissen der Reisenden

zu entsprechen und die Bedingungen festzulegen, damit die europäische Transportwirtschaft floriert.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12934_de.htm

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_422a_en.pdf

Finanzdienstleistungen

1. Kreditgeber muss Erfüllung seiner Informationspflichten nachweisen

Eine EU-Richtlinie erlegt dem Kreditgeber Informations- und Erläuterungspflichten auf, um dem Verbraucher zu ermöglichen, bei Abschluss des Kreditvertrages eine fundierte Entscheidung treffen zu können. Sie verpflichtet den Kreditgeber auch dazu, dem Verbraucher ein Europäisches Standardinformationsblatt auszuhändigen und die Kreditwürdigkeit des Verbrauchers zu prüfen.

Der Europäische Gerichtshof entschied am 18. Dezember 2014, dass der Kreditgeber nachweisen muss, dass er diese vorvertraglichen Pflichten erfüllt hat. Eine Standardklausel in Kreditverträgen wonach der Kreditnehmer bestätigt, dass er das Formular erhalten und davon Kenntnis genommen hat, genügt nicht. Bezüglich der Prüfung der Kreditwürdigkeit müssten nicht speziell Einkommensbelege vorgelegt werden. Es genügte Auskünfte des Verbrauchers, wenn diese durch sonstige Belege untermauert seien.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-12/cp140184de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=160946&pageIndex=o&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=493013>

2. Europäische Union deckelt Kartengebühren

Die Unterhändler von EU-Ministerrat und Europäischem Parlament einigten sich am 17. Dezember 2014 auf eine Deckelung der Interbankenentgelte für Kartenzahlungen. Für Debitkarten gilt bei grenzüberschreitenden Vorgängen eine Begrenzung auf 0,2 Prozent des Transaktionswerts. Bei innerstaatlichen Vorgängen können die Mit-

gliedstaaten eine Begrenzung auf 0,2 Prozent des gewichteten jährlichen durchschnittlichen Transaktionswerts vornehmen. Dies ist jedoch nur fünf Jahre lang möglich. Danach gilt ebenfalls ein Satz von 0,2 Prozent des Transaktionswerts oder eine Gebühr von höchstens 5 Eurocent. Für Kreditkarten gilt ein Satz von 0,3 Prozent des Transaktionswerts.

Die EU-Kommission hatte den Gesetzesvorschlag am 24. Juli 2013 eingebracht. Der damalige Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia erklärte hierzu: "Die von den Einzelhändlern gezahlten Interbankenentgelte werden letztendlich auf die Verbraucher abgewälzt. Diese sind sich darüber meistens nicht im Klaren und werden durch Treuesysteme auch noch zur Nutzung der Karten ermutigt, die ihren Banken die größten Einnahmen bringen. Die Verordnung zur Begrenzung der Interbankenentgelte wird die Durchsetzung der Kartellvorschriften ergänzen und überzogene Gebühren auf breiter Front verhindern. Dies wird für Zahlungsdienstleister gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleisten, neuen, innovativen Dienstleistern den Markteintritt ermöglichen, die Gebühren, die Einzelhändler an ihre Banken entrichten, senken und den Händlern dadurch große Einsparungen ermöglichen, und auch den Verbrauchern durch niedrigere Einzelhandelspreise zugutekommen."

EU-Ministerrat und Europäisches Parlament müssen noch förmlich zustimmen. Die Neuregelungen gelten 6 Monate nach Inkrafttreten des Rechtsakts.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/newsroom/content/20141216IPRo2040/html/MEPs-secure-deal-to-cap-card-payment-fees>

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-730_de.htm

3. Fortschritt bei Reform von Zahlungsdiensten

Der EU-Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen (Ecofin) legte am 9. Dezember 2014 seinen Standpunkt zur Reform der Richtlinie für Zahlungsdienste fest. Damit ist der Weg frei für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament, das seinen Standpunkt bereits am 3. April 2014 festgelegt hat. Zu den Zielen der Reform gehört insbesondere ein besserer Schutz der Verbraucher vor Missbrauch und vor Störfällen dank einer obligatorischen Authentifizierung (Berechtigungsprüfung) des Kunden. Außerdem soll der Wettbewerb durch Neuerungen bei Zah-

lungsdiensten, etwa über Karten, Internet und Mobilfunk, gefördert werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/146078.pdf

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-16154-2014-INIT/en/pdf>

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-2422_en.htm

4. Verbraucherschutz bei gebündelten Finanzdienstleistungen

Der Gemeinsame Ausschuss der drei Europäischen Finanzaufsichtsbehörden EBA (Bankenaufsicht), ESMA (Börsenaufsicht) und EIOPA (Versicherungsaufsicht) leitete am 22. Dezember 2014 eine Konsultation zum Entwurf von Leitlinien für einen besseren Verbraucherschutz bei gebündelten Finanzdienstleistungen ein. Ein Beispiel ist die Koppelung von Kreditverträgen mit Versicherungen. Bei im Paket vertriebenen Produkten könnten Verbraucher eventuell von geringeren Kosten profitieren. Es bestehe aber das Risiko, dass Verbraucher Produkte erwerben die für sie ohne Interesse sind oder mit denen sie nichts anfangen können. Es komme auch vor, dass Verbraucher langfristige vertragliche Bindungen eingehen müssten. Diesen Risiken soll mit Leitlinien für bessere Transparenz hinsichtlich der Preise, der Risiken und der sonstigen Aspekte die für Verbraucher relevant sind, begegnet werden.

Die drei Finanzaufsichtsbehörden erwarten bis 22. März 2015 Beiträge zu ihrem Entwurf von Leitlinien. Die endgültigen Leitlinien sollen im zweiten Quartal 2015 veröffentlicht werden. Sie müssen dann von den nationalen Aufsichtsbehörden durchgesetzt werden.

<http://www.eba.europa.eu/-/esas-tackle-cross-selling-practices-in-the-financial-sector>

<http://www.eba.europa.eu/documents/10180/936747/JC+CP+2014+05+%28Consultation+Paper+on+Cross+Selling%29.pdf>

Gesundheit / Ernährung

1. EU-Kommission informiert über neue Regeln zur Kennzeichnung von Lebensmitteln

Die EU-Kommission veröffentlichte am 11. Dezember 2014 „Fragen und Antworten“ zu der ab dem 13. Dezember 2014 geltenden EU-Verordnung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln. Zum Inkrafttreten der Verordnung erklärte der für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zuständige EU-Kommissar Vytenis Andriukaitis 11. Dezember 2014: „Ab dem 13. Dezember 2014 kommen den europäischen Bürgerinnen und Bürgern unsere mehrjährigen Anstrengungen zur Verbesserung der Lebensmittelkennzeichnungsvorschriften zugute. Auf dem Etikett werden jetzt noch deutlicher die wichtigsten Inhaltsstoffe vermerkt sein. Dies erleichtert Verbrauchern die Entscheidung, welche Lebensmittel sie kaufen sollen. Im Mittelpunkt der neuen Vorschriften stehen die Verbraucher, die klarere Informationen erhalten; zugleich sind die Neuerungen für die Unternehmen praktikabel.“

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12948_de.htm

2. Neuregelung für Kunststoffe, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen

Der EU-Ministerrat erhob am 9. Dezember 2014 keine Einwände gegen den Entwurf einer Verordnung der EU-Kommission zur Änderung der Verordnung über Materialien und Gegenstände aus recyceltem Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen. Die Kommission kann diese Verordnung annehmen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14231-2014-INIT/de/pdf>

3. Neue Grenzwerte für Desinfektionsmittel auf Nahrungs- und Futtermitteln

Der EU-Ministerrat erhob am 9. Dezember 2014 keine Einwände gegen den Vorschlag einer Verordnung der EU-Kommission zu Rückstandshöchstgehalten für Milchsäure, Lecanicillium muscarium Stamm Ve6, Chitosanhydrochlorid und Equisetum arvense L. in oder auf bestimmten Erzeugnissen. Die EU-Kommission kann diese Verordnung annehmen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15077-2014-INIT/de/pdf>

Telekommunikation / Medien / Internet

1. EU-Datenschutz gilt auch bei Überwachungskamera vor eigenem Haus

Der Europäische Gerichtshof entschied am 11. Dezember 2014 in einem Fall aus Tschechien, dass die EU-Richtlinie zum Schutz personenbezogener Daten auf die Videoaufzeichnung mit einer Überwachungskamera anwendbar ist, die auf den öffentlichen Straßenraum gerichtet ist. Dies gelte auch für Privatpersonen, die eine solche Kamera an ihrem Haus angebracht haben. Die Aufzeichnung könne aber trotz fehlender Einwilligung der erfassten Personen wirksam sein, wenn ein berechtigtes Interesse des Kamerabesitzers zum Schutz von Eigentum, Gesundheit oder Leben vorliegt. Dies ist nunmehr vom tschechischen Obersten Verwaltungsgericht zu prüfen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-12/cp140175de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=160561&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=668489>

2. Weitere Zunahme der Internetnutzung in Europa

Nahezu zwei Drittel (65 Prozent) aller Personen im Alter zwischen 16 und 74 Jahren nutzten im Jahr 2014 in der Europäischen Union täglich das Internet, gegenüber weniger als einem Drittel (31 Prozent) im Jahr 2006. In Deutschland nahm die Zahl der Personen, die das Internet fast täglich nutzen, in diesem Zeitraum von 40 auf 72 Prozent zu. Im selben Zeitraum fiel der Anteil der Personen in der Europäischen Union, die noch nie das Internet genutzt hatten, von 43 Prozent im Jahr 2006 auf 18 Prozent im Jahr 2014. In Deutschland ging die Zahl der Nicht-Internetnutzer zwischen 2006 und 2014 von 26 auf 11 Prozent zurück.

In den letzten Jahren hat sich eine relativ neue Form von Web-Diensten entwickelt: die Cloud Dienste. Dienste, die auf der Cloud-Technologie basieren, ermöglichen es, große Dateien zu speichern und mit anderen Personen auszutauschen oder Software zu nutzen, die auf einem Server über das Internet läuft. Im Jahr 2014 nutz-

te jede fünfte Person (21 Prozent) im Alter zwischen 16 und 74 Jahren in der Europäischen Union Speicherplatz im Internet, um Dateien zu speichern (z.B. Fotos, Dokumente, Musik oder Videos). In Deutschland waren es ebenfalls 21 Prozent. Nur 11 Prozent der Nutzer nahmen kostenpflichtige Cloud Dienste in Anspruch. In Deutschland waren es 9 Prozent.

Diese Daten stammen aus einer Veröffentlichung von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union. Sie sind Teil der Ergebnisse einer Erhebung über die Nutzung von IKT (Informations- und Kommunikationstechnologie) von Haushalten und Personen.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6343585/4-16122014-BP-DE.pdf/25edf9e7-ac25-46e4-bbf4-ff7bb29be250>

Wirtschaftsfragen / Wettbewerb

1. EU-Kommission verhängt Kartellbußen gegen Hersteller von Briefumschlägen

Die EU-Kommission hat gegen die Unternehmen Bong (Schweden), GPV und Hamelin (beide Frankreich), Mayer-Kuvert (Deutschland) und Tompla (Spanien) Geldbußen von insgesamt 19,5 Millionen Euro verhängt, weil sie durch Preisabsprachen und Aufteilung der Kunden für bestimmte Arten von Briefumschlägen gegen das EU-Kartellrecht verstoßen haben. Die Manager der Unternehmen hatten sich bei konspirativen Treffen an Golf- und Minigolfplätzen abgesprochen.

EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager erklärte: „Mehr als vier Jahre lang haben diese Umschlaghersteller, anstatt in fairem Wettbewerb zu treten, künstliche Preiserhöhungen in einer Reihe von Mitgliedstaaten vereinbart. Die Maßnahmen der Kommission zur Bekämpfung von Kartellen zielen auf die Ahndung solcher Verhaltensweisen und auf Abschreckung ab, um die Verbraucher vor Schaden zu bewahren.“

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12947_de.htm

2. Buße im Fall von Autoglaskartell bestätigt

Mit Entscheidung vom 12. November 2008 stellte die EU-Kommission fest, dass eine Reihe von Unternehmen, darunter der Pilkington-Konzern (Großbritannien), gegen das EU-Wettbewerbsrecht verstoßen haben, indem sie den Preis für Autoglas manipuliert haben. Der Pilkington-Konzern gehört zu den weltweit führenden Unternehmen für die Herstellung von Glas und Glasscheiben, insbesondere im Automobilsektor. Er ist auch in Deutschland präsent. Gegen Pilkington verhängte die EU-Kommission eine Buße in Höhe von 357 Millionen Euro. Die dagegen erhobene Klage von Pilkington wurde am 17. Dezember 2014 vom Europäischen Gericht in erster Instanz abgewiesen. Gegen die Entscheidung des Gerichts kann innerhalb von zwei Monaten ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof eingelegt werden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-12/cp140177de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=160841&pageIndex=o&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=477161>

3. Europäische Wettbewerbsbehörden gegen Booking.com bei Online-Hotelbuchungen

Die Wettbewerbsbehörden von Frankreich, Italien und Schweden haben Bedenken gegen das Geschäftsgebaren des marktführenden Hotelbuchungsportals Booking.com geäußert. Untersuchungen laufen auch in Deutschland, Österreich, Großbritannien und Irland. Die EU-Kommission koordiniert die nationalen Untersuchungen, hat jedoch keine eigene Untersuchung eingeleitet.

Die amerikanische Buchungsplattform verpflichtet die Hotels, ihr Zimmer zur Verfügung zu stellen, die nicht teurer sein dürfen als Zimmer, die über andere Vertriebskanäle angeboten werden. Sie missbrauche dadurch ihre marktbeherrschende Stellung, laut Meinung der Wettbewerbsbehörden. Außerdem werde neuen Online-Hotelvermittlern der Markteintritt erschwert, weil sie nie günstigere Angebote machen könnten als Booking.com. Um diese Bedenken auszuräumen, hat sich Booking.com bereit erklärt, auf die Preisvorgaben in Europa zumindest teilweise zu verzichten. Dies würde es den Hotels ermöglichen, verschiedenen Online-Reisebüros verschiedene Zimmerpreise anzubieten. Die Hotels müssten Booking.com jedoch weiter Zimmer zu Preisen zur Verfügung stellen, die mindestens

ebenso günstig sind wie die Preise, die sie über die hoteleigenen Online- und Offline-Buchungskanäle anbieten.

Stellungnahmen zu den angebotenen Verpflichtungszusagen können den französischen, italienischen und schwedischen Wettbewerbsbehörden bis zum 31. Januar 2015 übermittelt werden. Danach können die Verpflichtungszusagen von diesen Behörden für rechtsverbindlich erklärt werden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12956_de.htm

Terminvorschau

Rat

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (7. Januar 2015)

Arbeitsprogramm der Präsidentschaft.

Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (7. Januar 2015)

Öffnung des Marktes für den Schienenpersonenverkehr.

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information“ (9. Januar 2015)

Präsentation des Programms der lettischen Ratspräsidentschaft im Bereich Verbraucherpolitik; Präsentation des Arbeitsprogramms der EU-Kommission im Bereich Verbraucherpolitik.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (9. Januar 2015)

Präsentation des Programms der lettischen Ratspräsidentschaft im Bereich Gesundheitswesen, Arzneimittel und Medizinprodukte; Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) 1. Teil (9. Januar 2015)

Arbeitsprogramm des lettischen Vorsitzes.

Ratsarbeitsgruppe „Informationsaustausch und Datenschutz“ (15./16. Januar 2015)

Datenschutzgrundverordnung (Kapitel II, Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten).

Europäisches Parlament

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (8. Januar 2015)

Aussprache über Bericht zu Referenzzinssätzen wie LIBOR und EURIBOR.

Plenum (12. bis 15. Januar 2015)

Programm der lettischen Ratspräsidentschaft; Bilanz des italienischen Ratsvorsitzes; Ergebnisse des Europäischen Rats am 18./19. Dezember 2014; Abstimmung zum Arbeitsprogramm der Kommission für 2015; Möglichkeit für Mitgliedstaaten, den Anbau von Genpflanzen zu verbieten; Jahresbericht der EU-Bürgerbeauftragten für 2013.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastruktur, Informationsgesellschaft (7. Januar 2015)

Stellungnahme zum Thema Überempfindlichkeit gegen elektromagnetische Felder (Initiativstellungnahme); Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission: Für eine florierende datengesteuerte Wirtschaft.

Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umweltschutz (8. Januar 2015)

Herstellung, Inverkehrbringen und Verwendung von Arzneyfuttermitteln und Vorschlag über Tierarzneimittel; Initiativstellungnahme zum Thema "Lage nach dem Auslaufen des Milchquotensystems 2015".

Europäischer Gerichtshof

Schlussanträge in der Rechtssache C 62/14 (14. Januar 2015)

Zulässigkeit des massiven Ankaufs von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank.

**Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C
674/13 (14. Januar 2015)**

Zulässigkeit von staatlichen Beihilfen zugunsten der Deutschen Post.

**Urteil in der Rechtssache C 573/13 (15. Januar
2015)**

Nach Ansicht des Bundesverbands der Verbraucherzentralen entspricht die Preisdarstellung im Buchungssystem von Air Berlin nicht den Anforderungen der Luftverkehrsdienste-Verordnung. Er hat daher Air Berlin auf Unterlassung verklagt. Der Bundesgerichtshof (BGH) ersucht nun um Klärung, ob im Rahmen eines elektronischen Buchungssystems der vom Kunden zu zahlende Endpreis bereits bei der erstmaligen Angabe von Preisen für Flugdienste auszuweisen ist. Außerdem möchte der BGH wissen, ob der Endpreis für jeden angezeigten Flugdienst oder nur für den vom Kunden konkret ausgewählten auszuweisen ist.

**Newsletter verfasst von Dr. Ekkehard Rohrer,
MPA (Harvard University) – Brüssel**

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)